

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1874

24.2.1874 (No. 46)

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 24. Februar.

No. 46.

Vorauszahlung: vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingeschlossen, 2 fl. 7 kr.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Einsendungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 6 kr. Briefe und Gelder frei.

1874.

Bestellungen auf die Karlsruher Zeitung für den Monat März werden bei der Expedition sowohl als bei sämtlichen Postanstalten angenommen.

Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 19. d. Mts. allergnädigst zu genehmigen geruht, daß Eisenbahnbau-Inspektor Fr. J. Grabenbörfer in Eberberg zur Verrichtung eines technischen Respektats bei der Generaldirektion der Großh. Staats-Eisenbahnen verwendet werde.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 20. d. Mts. gnädigst geruht, den Geheimen Finanzrath Lepique von der Zollverwaltung zum Ministerialrath im Finanzministerium zu ernennen und den Finanzrath Glöckner von der Steuerdirektion als Kollegialmitglied in das genannte Ministerium zu berufen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 20. d. Mts. gnädigst geruht, den Kreisgerichts-Rath Eiselein in Offenburg zum Mitgliede des Appellationshofes des Großh. Kreis- und Hofgerichts Offenburg zu ernennen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Telegramme.

† Madrid, 21. Febr. Die Karlisten besetzten Vinaroz (Provinz Valencia) nach sechsständigem Kampfe und nahmen die 200 Mann starke Garnison gefangen. Morlonés befindet sich in Castro, seine Avantgarde steht in der Nähe von Somorrostro.

† Athen, 22. Febr. Das neue Cabinet ist wie folgt gebildet: Bulgariu, Präsident und Inneres; Deljanitis, Aussenw.; Valusopulos, Finanzen; Triedelta, Krieg; Zalonis, Marine; Papamichailopoulos, Justiz; Thylolopoulos, Kultus.

† Nagasaki, 21. Febr. Die Unruhen im Distrikt Kyūen erregen Besorgnisse. Gerüchteleise verlautet, ein Justizrentenbeamter habe eine Waise unweit Nagasaki genommen. Die hier lebenden Ausländer und die ausländischen Vertreter machen Anstalt, sich auf die Kriegsschiffe zu begeben. Die Regierungspartei ist schwach und machtlos.

Deutschland.

Karlsruhe, 23. Febr. Seine Hoheit der Landgraf von Hessen und seine Gemahlin Ihre Königliche Hoheit die Prinzessin Anna von Preußen, Ihre Königlichen Hoheiten der Graf und die Gräfin Trani, Ihre Großh. Hoheit die Herzogin von Hamilton, Prinzessin Marie von Baden, und deren Tochter, Ihre Durchlaucht die Erbprinzessin von Württemberg, sind gestern Nachmittag, von Baden kommend, zum Besuch der Großherzoglichen Familie dahier eingetroffen und am Abend dorthin zurückgekehrt.

* Straßburg, 21. Febr. Zwischen den zurückgekehrten Reichstags-Abgeordneten und einer Anzahl

von deren Parteigenossen findet heute Abend eine Beratung statt. Dem Vernehmen nach wird hier und an einigen andern Orten des Elsaß für Adressen agitirt, durch welche der Erklärung des Bischofs Röh in Rücksicht ein Dementi entgegengesetzt werden soll.

* Straßburg, 21. Febr. Zur Reichstags-Sitzung vom 18. Febr. schreibt die „Els. Korresp.“:

Allen Anwesenden nach werden die in allem Wesentlichen unterlegenen Elsaß-Lothringischen Beschwörer des „reinen Protektes“ die dem Vortrage des Abgeordneten für Zabern im Reichstag gewordenen persönlichen Unannehmlichkeiten zu einer „den Elsaß-Lothringern widerfahrenen Verleumdung“ aufzubauen suchen. Parlamentarisch erprobte Kreise bedürfen hierüber keiner erklärenden Auseinandersetzung. Den übrigen Beurtheilern dieser Angelegenheit bringen wir nur kurz in Erinnerung, daß der Abg. Teutsch, in seinem eigenen Wahlkreise mit 8675 Stimmen gewählt, an seinen deutsch-fremden Gesandten 6345 Stimmen abgeben mußte. Mit einem mächtigen Mehr von Stimmen in einem von fünfzehn Wahlkreisen gewählt, konnte Hr. Teutsch nach aller parlamentarischen Regel und Praxis sich persönlich als der Vertreter der Mehrheit im Kreise Zabern, in gar keiner Weise aber als lebendige Personifikation Elsaß-Lothringens begeben. Das Votum des Abgeordneten für Schleisstadt nahm dann dem Anspruch, als sei die Stimme des Hrn. Teutsch die Stimme Elsaß-Lothringens, ohne jede Begründung. Hiemit geräth der „letzte Versuch“ der Unterlegenen, die Reichstags-Sitzung vom Mittwoch, Hr. Teutsch und die Bevölkerung von Elsaß-Lothringen behufs weiter hinüberziehender Zwecke in solidarischem Zusammenhang zu bringen, vollständig in nichts.

* Straßburg, 22. Febr. Die Hh. Reichstags-Abgeordneten Lauth, Teutsch und Häffely sind heute Nachmittag gegen 3 Uhr mit dem Eilzug wieder hier eingetroffen. Die gestern geäußerte Vermuthung, daß es sich bei dieser Rückkehr für's erste um eine Beratung der drei Herren mit ihren Gesinnungsgenossen dahier handle, dürfte sich sonach um so mehr bestätigen, als bis jetzt eine telegraphische Nachricht aus Berlin, die den förmlichen Austritt der Herren meldet, nicht eingetroffen zu sein scheint. Wenn nicht alle Vermuthungen trügen, wird dieser Austritt von hier aus erfolgen. Einen andern Anseh aus der Sachlage zu finden, in die die Partei der Herren wesentlich gelockt wurde, wird für sie zu schwer sein. Auf Betreiben von verwandter Seite will man es aufheben mit Adressen versuchen, zuerst hier und in dem vorgelagerten Walselsheim, Adressen von „Katholiken“, welche ihren Bischof in Berlin formell desavouiren sollen. Wähler des Bischofs und seiner Anhänger, wirkliche Katholiken überhaupt werden sich unter den Unterzeichnern solcher Adressen natürlich nicht finden, überhaupt das ganze Unternehmen, werthlos wie es schon von vornherein ist, einen sicheren Boden kaum gewinnen.

Das „Els. Journ.“ von heute, das in Sachen des Hrn. Teutsch meint, daß es die Würde betreffende Fragen gibt, worüber besonders unter den Elsaßern nicht zweierlei Meinungen möglich sind, findet demgemäß, daß man Hr. Teutsch im Reichstag nicht mit gebührender Würde behandelt habe. Die Frage, wie es mit der Würde eines Volksvertreters steht, der eine von ihm geläufig gesprochene Sprache nicht zu können und zu verstehen vorgibt, bleibt dabei freilich ununtersucht. In der gleichen Nummer attackirt das „Els. Journ.“ wieder einmal die „Karlsruh.“

„Bz.“ wegen einer jüngst in derselben enthaltenen Korrespondenz von hier über das hiesige Belustigungslokal „Kasino“. Dabei werden die schon hier vorgefickten Fälschungen nach den hiesigen Korrespondenten Ihres Blattes von neuem ausgedrückt und alle zusammen in einen Topf geworfen, den man schon der Bequemlichkeit wegen, schnell an das „offizielle“ Feuer rückt. Ihre Korrespondenz betreffend, um bei der Sache zu bleiben, so man wir nun auch nicht umhin, zu gestehen, daß sie uns von etwas einseitiger Auffassung nicht frei zu sein schien. „Sammelpunkt der Anhänger der französischen Partei“, der verlängerte Verhandlungsprozeß der Phantastie u. dgl. m. heißt demnach, von Freunden dieser Vergnügungen ihre Vertheidigung etwas gar zu leicht machen. Das „Kasino“ ist ein Café chantant auf größerem Fuße, wo die französische Sprache in Wort und Gesang und bei den Zuhörern vorherrscht. Prinzipiell wäre gegen sämtliche „Café's chantants“ gewiß Manches zu sagen, aber daß gegen das Deutschthum wird im „Straßburger Kasino“ nicht genährt. Darüber sollten wir denn doch nachherade hinaus sein und in Nebenbingen vor Allem nicht zu viel Eifer zeigen. Klingt dieser gutgemeinte Rath auch „offiziös“, so müssen wir es uns eben gefallen lassen.

* Aus Elsaß-Lothringen, 21. Febr. Parturient montes — können wir billig unseren zurückkehrenden Hh. Abgeordneten zusetzen. In pompöser Rede versprochen sie ihren Wählern, den Protest Elsaß-Lothringens vor das Forum Europa's zu tragen, und mancher leichtgläubige Wähler sah in Hrn. Teutsch und Konsorten moderne Parlamentarierhelden, die so Grobartigkeits leisten würden, daß man sich gar keinen Begriff davon machen könne. Und was geschieht? Bloß drei dieser Helden bleiben dem Protestprogramm treu, die andern schließen sich an den Straßburger Bischof an und verklären ihre Anerkennung des Frankfurter Friedensvertrags — man weiß aus welchen Ursachen. Die drei Protestirenden lassen sich von Hrn. Teutsch vertreten, der in seinem Vortrage eine solche Summe von Nonsens und Unwahrheit vordringt, wie es wohl kaum je einmal in einer parlamentarischen Rede vorgekommen ist. Da er öffentlich auf der Rednerbühne erschienen ist, so muß er sich eben gefallen lassen, daß er von seinem Landsleuten beurtheilt werde, und unser Urtheil muß dahin lauten: Wenn alle Elsaß-Lothringer Hrn. Teutsch gleichfinden, so hätte derselbe die größte Unwahrheit in seiner Behauptung vorgebracht: daß Elsaß-Lothringen keinem andern europäischen Volke an Bildung und guter Sitte nachsteht. Und doch halten wir gerade diesen Satz für den einzigen wahren in der ganzen Rede, und gewiß nur darum, weil Hr. Teutsch kein Specimen eines echten Elsaßers ist. Auch die beiden Hh. Lauth und Häffely haben sich offenbar ein förmliches Amuthszeugniß ausgestellt. Diese Herren kommen nun zu uns zurück — und mit welchen Vorbeeren? Von ihren ultramontanen Kollegen sind sie an der Nase herumgeführt und von dem deutschen Reichstage tüchtig ausgelacht worden. Was sollen die Wähler zu einer solchen Zurückkunft sagen, besonders die Straßburger, welche ihre Stadt als den „Sitz der Intelligenz“ betrachten? Hoffentlich werden gar manche zu einer bessern Einsicht kommen und sich ein andermal dafür bedanken, bloß der Zentrumspartei zu dienen. Wir hoffen

John Carlson.

(Fortsetzung aus Nr. 44.)

Carlson lächelte in seiner gewohnten, gutmüthigen Weise und sagte: „Ich möchte um die Welt nicht Ihrem Rufe Schaden bringen, indem ich das Jahr übersehe! Also ich kann auch vor Ablauf eines Jahres sterben? Jeden Augenblick — heute — morgen?“

„Ja, und es ist sicherlich Ihre Pflicht, Ihre Angelegenheiten zu ordnen und auch mit Ihrer Schwester Frieden zu schließen, denn ich, ich sah Mrs. Newman gehen und sie sprach recht liebevoll von Ihnen.“

„Liebevoll? O du mein Himmel, dann muß sie kurz zuvor sehr glücklich über mich bei dem Jemanden gesprochen haben; ich habe das immer an Schwester Weg bemerkt. Nachdem sie eine Person sehr stark „gegeselt“ hat, wendet sie manchmal ein bißchen Balsam an.“

„Sie sind bitter und lieblos, Carlson. Ihre Schwester sprach nicht nur enthusiastisch von Ihrer heroischen That auf dem Sande, sondern auch sehr glänzend und lobend von Agnes Crawford, der sie einen Besuch gemacht hat. Nur, was ist Ihnen? Solche Aufregung ist das Schlimmste.“

„Meine Schwester war in Oxyprag!“ rief Carlson, auf die Füße springend, mit einer Stimme, die durchaus keine Schwäche verrieth. „Dieses lägerische Weib war bei Agnes? Sie ist's also, der ich diesen Brief verdanke? O nun ist mir Alles klar. Sie will nicht, daß ich heirathe, damit Woodley ihrem Jod nicht entgehe, und um dies zu verhindern, verleumdete sie mich bei Agnes, die Heuschlerin, die Verleumderin, die Schlange!“

„Sie töten sich muthwillig, Carlson.“

„Sie haben Recht, ich will vorfristig sein, will gehen mit dem Resten Leben.“ sagte Carlson bitter, das Zimmer mit großen Schritten durchmessend. „Es wäre mir leid, wenn ich in den nächsten Tagen stürbe. Vielleicht sehen Sie morgen wieder nach mir?“

„Es ist nicht notwendig, daß ich komme.“ sagte der Arzt gereizt, „ich kann ja nichts für Sie thun.“

„Gut denn.“ erwiderte Carlson ruhig; „ich werde Sie demnächst honoriren.“

„Sie!“ rief der Arzt aus.

„Verzeihen Sie, alter Freund, ich bin nicht Herr meiner selbst; mein ganzes Sein ist ein Aufsehr und da weiß ich nicht, was ich sage. Ich danke Ihnen für Alles, hauptsächlich dafür, daß Sie mir offen die Wahrheit gesagt haben.“

„Nur und Patient schüttelten sich hierauf bewegt die Hände, dann begleitete Carlson den Ersten die Treppe hinunter bis zu seinem Pferd.“

„Am Gotteswillen halten Sie sich ruhig“, war der letzte, wohlge-meinte Ruf des Arztes, als er wegritt.

„Sage James, er solle sogleich den Bericht fasseln und dann auf mein Zimmer kommen.“ befahl Carlson dem alten Robin.

„Den Bericht?“ rief der alte Diener verwundert aus, der seinen Ohren nicht traute, daß das Pferd seines Herrn von einem Groom bewacht werden sollte.

„Sprach ich nicht deutlich?“ fragte Carlson kalt, Schritt in's Par-lour und setzte sich an seinen Schreibtisch. Das kleine Büllet, das er schrieb, war beendet, ehe der Groom kam, und Carlson füllte die Pause mit Pfeifen aus.

„Du hast lange auf dich warten lassen, Dursche, und Bericht muß deine Schamhaft wieder ausgleichen. Spate die Sprosen nicht. Dieser Brief muß so rasch wie möglich Mr. Scriver's in Burnthorpe abgegeben werden.“

„Der Advokat, Sir?“

„Ja, der Advokat, wer sonst? Einer Antwort bedarf es nicht — aber der Advokat oder sein Compagnon muß sofort hierher kommen. Hat er keine Fahrgelegenheit, so lasse ihn mein Pferd und fahre zu, wie du wieder hierher kommst.“

„Es ist zwanzig Meilen von hier“, murmelte der Groom.

„Ich erwarte ihn in vier Stunden“, sagte Carlson, seine Uhr herausnehmend.

(Fortsetzung folgt.)

* Baden, 22. Febr. Die gestern Abend stattgehabene erste Vorlesung war so stark besucht, daß sämtliche Sitzplätze im neuen Saale in Anspruch genommen waren. Es scheint demnach, daß mit diesen Vorlesungen ein Bedürfnis entgegengekommen wird. Der Vortragende, Prof. Dr. Bäckle von hier, stand vollständig auf der Höhe seiner interessanten Aufgabe: Schiller's erstes Auftreten in Weimar und seine geistige Fortentwicklung bis zur Uebernahme der Professur in Jena zu schildern. Die Art der Darstellung war fesselnd, die Durchführung des Themas eine wohl durchdachte, geistreiche. Vielleicht hätte eine größere Beschränkung in den Einzelheiten und dagegen eine ausführlichere Behandlung der Hauptmomente den Vortrag mehr plastisch und Lebenbigkeit gegeben. Um Eines möchten wir aber die Vortragenden im Interesse vieler Zuhörer, die die Deutschen nicht als Mutter-sprache mächtig sind, bitten: die Stimme etwas mehr, als gestern geschehen, zu heben. Es bedurfte oft der anstrengtesten Aufmerksamkeit, um einzelne Worte verstehen zu können.

Für die nächste Zeit ist es nun angeordnet, daß jeden Freitag Abend klassische Musikkonzerte stattfinden werden, und zwar abwechselnd: in einer Woche Symphoniekonzerte des vollen Orchesters, in der andern Woche Kammermusik. An jedem andern Abend der Woche, mit Ausnahme der Theaterabende, finden die gewöhnlichen Abendkonzerte statt, welche für die hier wohnenden Fremden das regelmäßige Stillsitzen bilden und in welchen nicht selten, namentlich bei Amerikanerinnen, die in größter Anzahl den Winter hier zubringen, die Sittlichkeit und auch der Streitsumpf zum Vorschein kommen.

* Stuttgart, 21. Febr. Laut Telegramm aus Hannover sind die gestern dort veranlaßte gewählten Offiziere von Union Pacific Bonds (Eastern division) einträglich dem Stuttgarter Comité beigetreten, welches die Propositionen des Präsidenten Gar-verworfen hat.

namentlich darauf im Kreise Zabern, wo Hr. Teutsch gewählt wurde. Es hat sich dort namentlich die protestantische Stadt Buchweiler in einer Weise hervorgethan, die sie keineswegs als einen „Sitz der Intelligenz“ kennzeichnet. Wir glauben aber, zur Ehre der dortigen Einwohner, daß man sich vielfach über die Fähigkeiten des Hrn. Teutsch geirrt hatte, und daß man sich keinen Begriff davon machte, zu was es führt, in einem unnatürlichen Bündnisse mit den Ultramontanen zu stehen. Die Stadt Buchweiler hätte sich doch am wenigsten über die deutsche Verwaltung zu beklagen gehabt. Es ist ihr für das dortige Gymnasium eine Regierungszulage gewährt worden, die unter französischer Regierung eine fabelhafte gewesen wäre; dazu ist ein langwieriger Streit zwischen Kirche und Hospital in befriedigender Weise erledigt worden, und doch wollte bisher nichts an den irreführenden Gemüthern versagen. Was aber mit keiner Güte erlangt werden konnte, das wird vielleicht die lächerliche Rolle, die Hr. Teutsch spielt und damit seine Wähler spielen läßt, noch eher zu Stande bringen.

Was Hrn. Häffely anbelangt, so wird er wahrscheinlich ruhig in sein Schloß zurückkehren und etwa sagen: „Ich bleib daheim, Gott verdamm!“ Auch für Hrn. Lauth scheint uns die politische Laufbahn zu Ende. Diese Laufbahn begann mit seiner Ernennung als Bürgermeister. Damals wurde ihm bedeutet, daß ihn diese Stellung zu Mancherlei verpflichtete, und er wurde u. A. direkt gefragt: „Wenn etwa Sr. Maj. der Kaiser durchreiste, ob er ihn als Bürgermeister seine Aufwartung als getreuer Unterthan machen würde?“ — was er nach einigen Nachdenken bejahte. Nach erfolgter Abfertigung mußte er natürlich, wenn er noch eine Rolle spielen wollte, der äußersten Protestpartei anheimfallen, was ihn bis zu dem Katastrophentage Reichstage führte, nach welchem er sich schwerlich wird erheben können. Er und seine Partei werden voraussichtlich das Schicksal der Saurier in Schiffel's Gedicht theilen müssen, die auf demselben elässischen Boden zu tief in die Kreise sanken: „Da war's natürlich vorbei!“

Hr. Teutsch aber ist und bleibt vorläufig ein berühmter Mann, und kann mit stolzem Selbstbewußtsein das Dichterswort auf sich anwenden:

Rennt man die Namen
Wird auch der meine genannt.

Stuttgart, 23. Febr. Der König ist von seinem Unwohlsein insoweit wieder hergestellt, daß er am Samstag erstmals wieder an der königl. Familientafel in den Gemächern der Königin Theil nehmen konnte. Heute erging sich Sr. Maj. erstmals wieder im Freien. — Bis zum 15. April wird der Kaiser Alexander von Rußland am hiesigen königl. Hofe erwartet, um der Vermählung seiner Nichte, der Großfürstin Wjera, mit dem zur Zeit zum Besuche der Kaiserfamilie in St. Petersburg befindlichen Herzog Wilhelm Eugen von Württemberg anzuwohnen. Wie berichtet wird, bringt der Kaiser den ganzen Gesangchor der kaiserl. Kapelle, um den Glanz der kirchlichen Trauungsfeier nach griechischem Ritus in der Schloßkapelle der Königin Olga zu erhöhen. Zu diesen Vermählungsfeierlichkeiten sollen noch verschiedene hohe Fürstlichkeiten von auswärts zu erwarten sein.

Darmstadt, 22. Febr. Die „Darmst. Ztg.“ meldet, daß über den Bau einer Eisenbahn von Erbach nach Eberbach und Nedargermünd, sowie von Worms nach Mannheim mit der Großh. badischen Regierung ein Staatsvertrag abgeschlossen worden ist.

Aus Nassau, 22. Febr. So wenig glaubhaft es auch erscheinen mag, daß Kaiser Wilhelm schon jetzt feststehende Dispositionen über eine eventuelle Sommerkur getroffen, so wird doch auf das Bestimmteste aus Ems gemeldet, daß dort bereits die nöthigen Weisungen für einen abermaligen Besuch im kommenden Sommer eingetroffen seien. — Im Regierungsbezirk Wiesbaden wird sehr über Lehrermangel geklagt; es sind 160 Stellen ausgeschrieben und im März nur 20 Abiturienten zu erwarten.

Aus Kurhessen, 22. Febr. Von den renitenten Pastoren sind neuerdings wieder drei (die Pfr. Frankfurt in Witterode und Amelung in Herrenbreitungen und der Pfr. Amelung in Lebringhausen) suspendirt worden, so daß jetzt, mit alleiniger Ausnahme des Pfr. Rouy in Spangenberg, alle Widerspenstigen von dieser Maßregel betroffen sind. Abgesetzt wurden von den früher suspendirten in den jüngsten Tagen zwei: Pfr. Fried in Oberellenbach und Pfr. Gerhold in Rumbach. Dagegen hat es der unlängst suspendirte Pfr. Klößler in Wolfagen für gut befunden, sich dem Gesamtkonfessionarium zu unterwerfen, und ist in Folge dessen eben wieder in sein Amt eingesetzt worden. Inzwischen weisen die „Hess. Bl.“ für die „unverheirateten Renitenten“ Hauslehrer, Präbikanten u. Stellen nach. 42 Familienhäupter der muckerisch-angekränkelten Gemeinde Messungen haben eine sehr ausführlich motivirte Eingabe an den Kultusminister abgehen lassen, worin sie frech erklären, 1) daß sie die von ihrem Ältestenrathe abgesetzten Kirchenältesten „nach wie vor als die ordnungsmäßigen Vertreter ihrer Kirchengemeinde betrachten“, 2) daß sie „die neuerdings mit dem gewaltsamen Anspruch auf Anerkennung auftretende romanisirende Lehre verwerfen, als sei Anerkennung einer bisherigen Kirchengewalt einerlei mit kirchlicher Zugehörigkeit“. — Die neulich beschlagene Nr. 81 der „Hess. Blätter“ ist vom Kreisgericht in Rotenburg wieder freigegeben worden.

Berlin, 21. Febr. (A. Z.) In der heutigen Sitzung des Bundesraths wurde der Gesetzentwurf betreffend die Diäten der Reichstags-Abgeordneten an den Verfassungsausschuß verwiesen und die Vornahme einer Revision des deutschen Strafgesetzbuchs beschlossen. Die Beratung des verläufigen Gesetzentwurfs wegen Ausgabe von Reichskassenscheinen wurde nur theilweise erledigt und die definitive Beschlußfassung bis zur nächsten Sitzung ausgesetzt.

C.S. Berlin, 21. Febr. Die Militärgefeß-Kommission begann heute ihre Beratungen, ihrem früheren Beschlusse gemäß, mit dem Abschnitt 3 des Militärgefeßes (vom aktiven Heere) in Anwesenheit des Kriegsministers v. Kamecke und vieler Mitglieder des Bundesraths.

§ 31, der eine Klassifikation der zum aktiven Heere gehörenden Personen gibt, erregte kein Bedenken. Zu § 32 (Militärgerichtsbarkeit) bemerkt der Bundeskommissar, daß die Frage ob und in wiefern die Militär-Strafgerichtsbarkeit sich auf Zivilvergehen der Militärpersonen erstrecken solle, dem in Aussicht gestellten speziellen Reichsgesetz vorbehalten bleibe. Im § 33 (Heirathswesen) wurde die Einfügung der Zivilbeamten der Militärverwaltung gestrichen. § 34, welcher die Militärbeamten berechtigt, die Annahme von Vormundschaften abzulehnen, wurde nur im ersten Aktiva angenommen. Die §§ 35 und 36 (Berschriften über den Grundbesitz und Gewerbebetriebe der Militärpersonen) wurde unverändert angenommen, dagegen § 37, welcher bei eintretender Mobilmachung die Mietheverträge dahin regelt, daß die Militärpersonen nur an die Verträge bis zum Ablaufe des Kalenderjahres gebunden sein sollen, wird gestrichen. § 38 (militärische Lehramte) wurde die Nr. 6, wornach die Desertion des Testators die Gültigkeit des Testaments aufheben soll, abgelehnt. Bei § 39 (gerichtliche Zwangsverfügungen gegen Militärpersonen) wurde der Beschuß, welcher die Unwirksamkeit der Kassation und Verpändung von Dienstverträgen auspricht, abgelehnt, dagegen ein Zusatz beschloffen, der dem Reichs-Beamtengefeß analog ist. Die §§ 40 bis 42 (Steuerpflicht und Gemeindefähigkeit der Militärpersonen) veranlassen eine längere Debatte. Die Kommission genehmigte den § 40 und beschloß zu § 42, daß sich die Pflicht der Militärpersonen in Betreff der Kommunalsteuern nach den gesetzlichen Bestimmungen der betr. Partikularstaaten richten solle. Hierauf wurde die fünfjährige Beratung abgebrochen. Der Abg. Baeker behielt sich die Stellung eines Antrags vor, den Abschnitt 3, mit Ausnahme des § 31, zu streichen, da seiner Ansicht nach diese Bestimmungen nicht in das Reichs-Militärgefeß gehören.

Berlin, 22. Febr. Am Dienstag wird das Abgeordnetehaus wieder zusammentreten, um den Gesetzentwurf über die Beurkundung des Personenstandes und über die Form der Eheschließung in der vom Herrenhause ihm gegebenen Fassung in Beratung zu nehmen. Beachtenswerthe Anzeichen sprechen dafür, daß eine ansehnliche Mehrheit des Abgeordnetenhauses den Amendirungsbeschloffen des andern Hauses zustimmen werde. Auch befestigt sich in hiesigen politischen Kreisen die Meinung, ein verhältnißmäßig rascher Verhandlungsgang werde es ermöglichen, daß die Vorlage spätestens am Mittwoch zur vollen Erledigung gelange. Im Zusammenhange damit wird dann die Erwartung gehegt, daß ebenfalls am Mittwoch schon die Beschlußnahme beider Landtagshäuser über die bis nach Ostern in Aussicht genommene Vertagung des Landtags erfolgen werde.

Die Stellung der Zentrums-Partei des Reichstags zu dem Entwurf eines Reichs-Militärgefeßes bildet hier andauernd den Gegenstand lebhafter Erörterungen. Wenn neuerdings das „Deutsch. Woch.-Bl.“ behauptet: alle Gerichte von Versuchen des Zentrums, durch Auerbietungen in der Militärfrage eine Aenderung der Kirchenpolitik herbeizuführen, seien in das Gebiet der Konjekturen zu verweisen, so entspricht diese Behauptung nicht dem wirklichen Sachverhältnisse. Nach sehr bestimmten Versicherungen sollen in der That an hohen Stellen Sondirungen stattgefunden haben, denen ein solcher Kompromißgedanke von Führern des Zentrums zu Grunde lag. Auch verlaudet, daß dieser Gedanke selbst schon in engeren parlamentarischen Kreisen, die nicht zum Zentrum gehören, durch Vermittler desselben angeregt und zur Erörterung gebracht worden sei.

Bosen, 21. Febr. (Köln. Z.) Da nach amtlicher Nachricht die Cholera im Königreich Polen erschöpft ist, hat die Regierung die Verfügung betreffs Beschränkung des Fährbetriebs und Zurückweisung der Mannschaften aufgehoben.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 22. Febr. Für den Ernst, mit welchem der betreffende Spezialauschuß des Abgeordnetenhauses an die Prüfung des Memorandum's der Arbeiter geht, mag ein weiteres Zeugniß darin gefunden werden, daß er den Arbeiterverein, welcher Namens der arbeitenden Klassen in jenem Memorandum gesprochen, aufgefordert hat, eine Persönlichkeit zu bezeichnen, mit welcher er sich behufs Erlangung der etwa erforderlich erscheinenden Aufklärungen in Verbindung zu setzen habe. Schon jetzt erhellt aber klar, daß das Memorandum nur die Wünsche und Forderungen einer Fraktion, der gemäßigten Fraktion der Arbeiter, auspricht; schon sind von anderer Seite die entscheidendsten Ablehnungen ihres Inhalts formulirt. Die von den Grazer Arbeitern ausgehende Forderung, daß nach Wien ein allgemeiner österr. Arbeitertag einberufen werde, dürfte kaum ein geneigtes Gehör finden.

Frankreich.

Paris, 21. Febr. Laut der „Presse“ erhielt der Marquis v. Koallies von Decazes genaue Weisungen über ein verhältnißliches Auftreten gegen die italienische Regierung. Der Minister empfahl ebenfalls achtungsvolle Zurückhaltung in Bezug auf den Papst. — Der Bericht des Ausschusses, welcher die Angelegenheit des Abg. Bloncourt zu unteruchen hatte, spricht sich für die Verfolgung des Genannten aus; der Ausschluß für Amnestie hat sich auf Antrag Pressens gegen die Verfolgung erklärt. — Die Nachricht des bonapartistischen „Ordre“, Chambord habe die dreifarbige Fahne angenommen, ist ohne Begründung.

Paris, 22. Febr. Hr. Em. About verhöht im „19. Siècle“ den Bischof Räß von Straßburg, den er noch während der Wahlen als den verehrungswürdigsten Patrioten geschildert hatte. Dergleichen ist dem verfallenen Streithahn geläufig, wie er schon i. J. 1870 gezeigt hat. Wie aus Nizza gemeldet wird, ist der Erzherzog Albrecht nach dreitägigem Aufenthalt von dort nach Cannes, Marseille und Pau abgereist und wird morgen in der letz-

tern Stadt eintreffen. Er wird in 14 Tagen über Nizza, wo seine Schwester, die Erzherzogin Marie, den Winter verbringt, nach Wien zurückkehren. Der Gemahl der letzten, Erzherzog Rainer, bereist in diesem Augenblicke Afrika.

Wie man weiß — schreibt das „Veu public“ — ist die Veröffentlichung der Dekrete zur Herstellung des großen Generalstabs vertagt worden. Einige Personen behaupten, daß man den Plan im Hinblick auf die lebhafteste Opposition der Bureaus des Kriegsministeriums ganz wieder aufgegeben hat. Andere sagen, daß die ursprünglich bezeichneten Personen durch andere ersetzt werden sollen. Man nennt eine erlauchte Persönlichkeit, die schon eine sehr hohe Stellung in der Armee einnimmt und welcher die Leitung des großen Generalstabs zufallen soll (Numale). Dieses Projekt findet in den politischen Kreisen ziemlich kalte Aufnahme.

In den nächsten Tagen gelangt das Eigenthum zweier Pariser Blätter, des „Soir“ und der „Assembl. Nat.“, zur öffentlichen Versteigerung. Für den „Soir“ werden 100,000 Fr., für die „Assembl. Nat.“, welche ohne die Reklame, die ihr die „Nord. Allgem. Ztg.“ macht, schon längst zu Grunde gegangen wäre und die bereits freiwillig aus den meisten Zeitungsabuden verschwunden ist, 40,000 Fr. verlangt.

Spanien.

Die Karlisten hatten sich durch die Scheinmänner des Generals Moriones im südlichen Navarra verlocken lassen, Dorregaray mit einer beträchtlichen Truppenzahl nach Estella abzurufen, um dieses gegen den vermeintlichen Angriff zu schützen. Inzwischen aber ist es ihnen klar geworden, daß die Vorsichtsmaßregel nicht nur überflüssig, sondern wegen der Schwächung der Belagerungsarmee von Bilbao ihnen sogar schädlich war, und Don Carlos hat Dorregaray daher nach Bizcaya zurückberufen. Die Stärke der karlistischen Armee, welche jetzt den republikanischen Truppen dort gegenübersteht, wird auf 33 Bataillone oder 23,000 Mann angegeben. Die Republikaner sollen schon Fortschritte gemacht, und wenn auch mit erheblichen Verlusten mehrere Positionen zwischen Bilbao und der Küste erobert haben.

Die Verwendung der fünf Milliarden.

Von dem Reichsanwalter-Amt ist dem Reichstag eine Denkschrift betreffend die Einnahmen aus der französischen Kriegskosten-Entscheidung und deren Verwendung ausgegangen, welche interessante Aufschlüsse über das Schicksal der vielgenannten fünf Milliarden enthält. Die Schrift hebt zunächst hervor, daß weder die Einnahmen noch die Ausgaben, um welche es sich hier handelt, schon gegenwärtig so genau feststehen, daß ein definitiver rechnermäßiger Nachweis ihrer Beträge, sowie eine endgiltige Bezifferung der zur Verteilung gelangenden Summen möglich wäre. Die Realisation der auf die Kriegskosten-Entscheidung in Zahlung genommenen Beträge ist gegenwärtig nicht vollständig durchgeführt, auch hat die Abschreibung mit Frankreich über die fünf Milliarden und die letzte Linienrate noch nicht erfolgen können.

Zur speziellen Darlegung der Einnahmen übergehend, ist zunächst die vertragmäßige Kriegskosten-Entscheidung anzuführen mit 5,000,000,000 Francs. Hinzuzutreten die von Frankreich vertragmäßig gezahlten Zinsen zu 5 Proz. im Gesamtbetrag von 301,191,959 Fr., so daß sich die Gesamtsomme des gezahlten Kapitals auf 5,301,191,959 Fr. beläuft oder auf 1,413,651,189 Thlr. Der rechnermäßige Betrag der Kontribution der Stadt Paris beläuft sich auf 53,505,885 Thlr. Die in Frankreich erhobenen Steuern und die nicht für besondere militärische Zwecke verwendeten übrigen Kontributionen nach Abzug der Kosten für die Verwaltung derjenigen Theile Frankreichs, in welchen diese Steuern und Kontributionen ausgekommen sind, betragen nach der gegenwärtigen Rechnungslage, welche bis auf die neueste Zeit auf Anlaß der Abnahme und Revision der betreffenden Spezialrechnungen vielfach alterirt ist und voraussichtlich auch noch weiteren Aenderungen unterliegen wird, 17,394,220 Thlr. Die in Rede stehenden Einnahmen ergaben hiernach einen Gesamtbetrag von 1,484,551,274 Thlr. Es müssen indeß davon noch diejenigen 325,000,000 Fr. oder 86,666,666 Thaler abgezogen werden, welche von Frankreich für die abgetretenen Eisenbahnen gemäß § 6 des ersten Zusatzartikels zu dem Vertrag vom 10. Mai 1871 im Wege der Anrechnung auf die ersten drei halben Milliarden der Kriegskosten-Entscheidung überwiesen sind. Es verbleibt somit insgesamt eine Einnahme von 1,397,884,608 Thlr.

Aus diesen Einnahmen sind nach den ergangenen Gesetzen die Mittel für eine Reihe, dem Reiche gemeinsamer Ausgaben vorweg zu entnehmen. Die durch die Gesetzgebung auf bestimmte Beträge festgesetzten Ausgaben, nämlich: für den Reichs-Invalidentfond, für die Inangestaltung und Ausführung von deutschen Festungen, für die Wiederherstellung, Vervollständigung und Anreicherung der Festungen u. in Elsaß-Lothringen, für die Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen, bezügl. die Wilhelm-Luxemburg-Eisenbahn, für den Reichs-Kriegsschatz, zum Ersatz der Ausfälle an den Einnahmen in Folge Abschreibung der Zolls- und Steuerkredite, zum Betriebsfond der Reichskasse, für die Marineverwaltung und zu einem Vorschusse für die Verwaltung des Reichsheeres, zu Dotationen für hervorragende Dienste, zu Beihilfen an die aus Frankreich ausgewiesenen Deutschen, für den Schuttpolek der Artillerie-Prüfungskommission, die Kosten des großen Hauptquartiers, sowie der von der Reichskasse von 1870 und 1871 für gemeinsame Zwecke bestrittene Kostenaufwand und der Mehrebedarf gegen den Friedensetat für die in Elsaß-Lothringen garnisonirenden Truppen bis Ende 1872, endlich die durch das Gesetz vom 8. Juli 1873 für verschiedene Zwecke (Marine Reichstags-Gebäude u.) bewilligten Ausgaben belaufen sich im Ganzen auf 430,778,929 Thlr.

Dieser Einnahmen, deren Höhe von dem, zur Erreichung des Zwecks erforderlichen Bedarf abhängt, sind wie folgt zu veranschlagen: 1) zum Ersatz von Kriegsschäden und Kriegseinstellungen 37,700,000 Thlr.; 2) zur Entschädigung der deutschen Rederei 5,600,000 Thlr.; 3) für Kriegsentlohnungen 300,000 Thlr.; 4) die Invalidentpensionen u. in Folge des Krieges von 1870/71 für die Zeit bis zum Schlusse des Jahres 1872 nach gegenwärtiger Rechnungslage 10,089,774 Thlr.; 5) Zuschuß zur Dedung der aus dem Reichs-Invalidentfonde zu bestrittenden Invalidentpensionen für die Zeit, während welcher der Invalidentfonde noch nicht vollständig angelegt ist, 5,980,000 Thlr.; 6) die nach Art. V des Gesetzes betreffend die französische Kriegskosten-Entscheidung vom 8. Juli 1872 als gemeinsame Lasten zu beaufschlag-

den Kriegsausgaben, nämlich a. für die Armierung und Bedarmung der Festungen 984,187 Thlr.; b. für das Belagerungsmaterial 9,894,821 Thlr.; c. bei der Marineverwaltung 9,352,512 Thlr.; d. für verbleibende Einrichtungen zur Küstenverteidigung 20,980,813 Thlr.; e. für Ausrüstung und Wiederherstellung von Eisenbahnen 20,980,813 Thlr.; f. für die nicht in den Bereich der Kriegsführung fallenden Telegraphenanlagen und deren Betrieb 202,794 Thlr.; g. für die einseitige Zivilverwaltung in Frankreich, bezw. bis Ende 1871 die Kosten der Verwaltung der Eisenbahnen in Elsass-Lothringen 3,753,714 Thlr. Ferner für die vom 1. Juli 1871 ab erfolgenden, mit dem Kriege im Zusammenhang stehenden Leistungen, nämlich: h. bei der Postverwaltung 225,000 Thlr.; i. bei der Telegraphenverwaltung 590,000 Thlr.; k. bei der Verwaltung des Landheeres der Mehrbedarf gegen den Friedensetat in Folge der Okkupation französischer Gebietsteile 21,000,000 Thlr. (darunter für Bayern nach ungefährem Ueberschlag 3,700,000 Thlr.); l. zu weiteren Bedarf für die von der Reichshauptkasse für gemeinsame Zwecke zu bestreitenden Kosten. Da der Betrag dieser Kosten in § 4, Ziffer 9 des Gesetzes vom 8. Juli 1873 nach Maßgabe der bis zur Verabschiedung des Gesetzes vom 8. Juli 1873 wirklich geleisteten Ausgaben festgestellt ist, so wird für die fernereitend entstehenden Kosten, noch entstehenden dringenden Kosten eine Bedarfssumme von etwa 250,000 Thlrn. anzusetzen sein.

Der Gesamtbetrag der von der Einnahme vorweg zu entnehmen den Ausgabenfonds berechnet sich hiernach auf 600,836,627 Thlr. Von den oben als Einnahme nachgewiesenen 1,397,884,608 Thlrn. verbleiben mithin zur Deckung 797,047,981 Thlr. Es wird indes empfohlen, für mögliche Ausfälle an den berechneten Einnahmen, bezw. für Mehrerfordernisse bei den Ausgaben eine mögliche Reserve zu behalten. Die Einnahmesumme wird demnach zu rund 793,000,000 Thlr. angenommen werden können. Hiervon würden gemäß des Artikels VI des Gesetzes vom 8. Juli 1873 drei Vierteltheile nach dem in dem gedachten Artikel VI angegebenen Maßstabe der militärischen Leistungen, ein Vierteltheil dagegen nach dem für 1871 gültigen Maßstabe zu vertheilen sein. Von der Einnahmesumme erhalten sich demnach: 1) Bayern 90,200,411 Thlr.; 2) Württemberg 28,500,870 Thlr.; 3) der Norddeutsche Bund 530,116,053 Thlr.; 4) Baden 20,133,182 Thlr.; 5) Hessen 9,333,674 Thlr., und im Laufe der Berechnung sind zur Deduktion von Ausgaben angesetzt 6,119,000 Thlr. und 108,586,810 Thlr.

Badische Chronik.

§ Pforzheim, 22. Febr. Nach dem Bericht des Vorstandes der Unterstützungskasse heiliger Goldarbeiter schloß diese im Jahr 1873 mit einem Ueberschuß von 615 fl. ab und es betrug das Vermögen der Kasse 13,305 fl. Im Lauf des Jahres wurden an Krankenunterstützungen 6670 fl. (7 fl. per Woche für 1 Person) und 550 fl. für Sterbefälle (à 25 fl.) verausgabt. Jene 6670 fl. vertheilten sich auf 200 angelernte Kranke. 64 davon waren nur 1 Woche, 32 vierzehn Tage krank; die übrigen alle erhoben mehr als 2 Wochen, 15 mehr als 2, bis 3mal und 3 Mitglieder durchlaufen das ganze Jahr die Krankenliste. Die größte Zahl der Kranken hatte ein Lebensalter von 26-30 Jahren. Die Zahl der Mitglieder betrug am Jahresabschluss 1344. Dieselben bezahlten einen monatlichen Beitrag von 36 kr., wovon 6 kr. in die Kasse für Arbeitsunfähige fließen. Unter den genannten 1344 Mitgliedern befinden sich 276 selbständige Personen (Fabrikanten und Inhaber von Hilfsbetrieben). Von den in der Stadt wohnenden Mitgliedern nahmen die Kasse als Kranke in Anspruch etwa 15 Proz., von den auf dem Lande wohnenden 40 Proz. Neben sind 22 Mitglieder; die Zahl der Invaliden ist von 15 auf 13 herabgegangen; dieselben erhalten ein wöchentliches Benefizium von 3 fl. Im Ganzen wurden ausbezahlt 2135 fl. In Folge günstiger Umstände und erhaltener Einnahmen hat sich das Vermögen der Invalidenkasse um 2954 fl. vermehrt und beträgt jetzt 20,978 fl. Aus diesem Grunde wurde auch für die Folge das Sterbepflicht von 25 auf 30 fl. erhöht.

§ Pforzheim, 22. Febr. In dem benachbarten Brühlgen macht es viele Mühe, zu einem Bürgermeister zu gelangen, da die Zerplitterung der Parteien aus äußerster Grind. Eine Korrespondenz im hiesigen „Probotiker“ sagt: Schade, daß es der Gemeinde-Obstbeutel und die geschicklichen Einrichtungen nicht gestatten, daß sich jede Partei ihren eigenen Bürgermeister wählt; wir (d. h. die Brühlinger) hätten dann deren mindestens fünfzehn auszuwählen. — In der Gemeinde Gauschott soll jetzt doch wenigstens eine Postagentur und zwar auf 1. April d. J. eröffnet und deren Verwaltung dem Hrn. Bezirksrathe Zimmermann dahelbst übertragen werden. — Auf Einladung des hiesigen Protestantenvereins wird heute Abend im Musiksaale Hr. Stadtvater Traub aus Karlsruhe einen Vortrag über das Königl. von Konstanz halten. — Kurzlich geriethen in Springen zwei Eheleute während des Essens aus ganz geringfügigen Ursachen, nämlich wegen des Essens selbst, in Streit, der die Folge hatte, daß der Mann seiner Frau mit einem Tischmesser in den Leib schlug. Die Frau starb an der Verwundung. Der Mann sitzt hinter Schloß und Riegel.

§ Heidelberg, 20. Febr. (Heid. Bl.) Hr. Dr. Emil Bessels hat seine Vaterstadt wieder verlassen, um über Bremen nach Washington zu gehen, woselbst er im Auftrag seiner Gesellschaft und der Regierung der Vereinigten Staaten etwa drei Viertel Jahre mit der Ausarbeitung der Erfahrungen seiner Reise mit der Polaris zu thun haben wird. Voraussichtlich wird das Werk auch in deutscher Sprache erscheinen.

§ Heidelberg, 21. Febr. Schon seit einigen Tagen hatte man sich hier erzählt, daß Jakob Lindau in Begleitung des Pfarrers Hansjakob eine Reise nach den französischen Wallfahrtsorten Lourdes und Paray le Monial unternähme, doch klang die Sache zu sehr als tendenziöser Scherz, um ohne weiteres geglaubt zu werden. Nun bringen aber mehrere Zeitungen die Nachricht als Thatsache mit dem Anfügen, daß sich die Reise der genannten Herren bis in's Kriegslager der spanischen Karlisten ausdehnen werde. Difficile est, satyram non scribere! — Gestern gelangte auf unserm Stadttheater „Alessandro Straballa“ zur Aufführung, ermöglicht durch die Mitwirkung des Hrn. Stalgenberg und Hrn. Rudolf vom Hoftheater in Karlsruhe. Beider Leistungen befriedigten das zahlreiche anwesende Publikum vollständig und auch die Mitglieder unserer Bühne suchten ihrer Aufgabe nicht ohne Erfolg gerecht zu werden. In dieser Saison wird nur noch eine Oper gegeben werden. — Der Antrag des hiesigen evangel. Kirchgemeinderaths auf Einsetzung eines Konfessionellen Verwaltungsrathes für den evangel. Armenfond ist auch von Groß. Ministerium des Innern abweislich

verworfen, das betreffende Erkenntnis des Groß. Bezirksamtes in dieser Sache somit definitiv bestätigt worden.

§ Mannheim, 22. Febr. Die Aufführung von Haydn's Schöpfung durch den Musikverein hatte ein so zahlreiches Publikum zusammengeführt, daß sogar die Gallerie des großen Konzertsaales bis auf den letzten Platz gefüllt war. Es macht sich bei solchen Anlässen das Bedürfnis nach einem größeren Saalbau immer auf's neue geltend. Die Aufführung war in allen ihren Theilen eine äußerst befriedigende, insbesondere waren Orchester und Chöre von bekannter Präzision.

§ Mannheim, 22. Febr. Während wir erst dieser Tage über einen auswärtigen Schwindler aus kaufmännischen Kreisen zu berichten hatten, ist aus zwei Bekanntmachungen des hiesigen Amtsgerichts zu entnehmen, daß zwei einheimische Commis in ähnlichen Schwindelgeheimnissen noch Ertrüben geleistet haben, indem der Eine auf den Namen verschiedener achtbarer Firmen betrügerischer Weise Waaren in hiesigen Geschäften entnahm, der Andere bei den Kunden seines früheren Prinzipals Gelder für bezogene Waaren zu erheben wußte. Das lurdische Treiben in der jungen Welt verleiht gar Viele, sich unerlaubte Bezugquellen zu öffnen.

§ Mannheim, 22. Febr. Der hiesige Konsumverein, 562 Mitglieder zählend, hatte im zweiten Halbjahr 1873 einen Gesamtumsatz von 62,749 fl. 8 kr., darunter im Kohlengeschäft 8,938 fl. 41 kr., und erzielte einen Reingewinn von 3,769 fl. 48 kr., der die Verteilung von 5 1/2 Proz. Gewinn ermöglicht. Seit dem Bestehen des Vereins kamen auf diese Weise 30,121 fl. 46 kr. zur Verteilung, während ein Reservefond von 4,221 fl. 56 kr. gesammelt und gemäß § 43 der Statuten 891 fl. 47 kr. zu Bildungszwecken verwendet wurden. Der Verein besitzt ein eigenes Haus in der Stadt und einen großen Neukau in den Nardgärten, beide theils auf Hypotheken, theils auf Hausaktien erworben. Die Geschäftsantheile betragen 5535 fl., die Spareinlagen 10,416 fl.; beide werden vom Verein mit 5 Proz. verzinst. Diese Zahlen ergeben eine sehr gefällige Thätigkeit dieses aus kleinen Anfängen entstandenen Vereins. Der Konsumverein hielt gestern seine Generalversammlung ab, die zwar statt, jedoch nicht so besucht war, um über eine Aenderung der Statuten (insbesondere die Erhöhung der Geschäftsanteile) Beschlüsse fassen zu können. Der Verein betreibt jetzt auch ein Weingeschäft mit patentirtem Keller.

— Die Mitglieder des Bezirksrats Donauerschingen haben in ihrer letzten Sitzung sich die Aufgabe gestellt, jedes in den ihm zugewiesenen Distrikten dahin zu wirken, daß die von den Gemeindevorständen fortan zur Vorlage kommenden Gutachten wegen Vereilegung von Wirtschaftskonzessionen Anträge zur Erlaubnis von Branntweinstillung nicht mehr enthalten, denn es seien in der That in jeder Distrikte des Bezirks so viele Wirtschaften vorhanden, daß ein Bedürfnis zur Abgabe von Branntwein in keiner Weise mehr gerechtfertigt erscheine. Der Bezirksrat ist von der Ueberzeugung durchdrungen, daß eine Genehmigung hiesu künftig mehr einer Befähigung für die Distriktswohner und einer Unterstützung des Müßigganges und der Trunksucht, als einem wahren Bedürfnis des Publikums gleichkommen würde. Das „Don. Wochenbl.“ ersucht deshalb die Gemeindevorstände des Bezirks in eigenen wohlüberlegten Interesse ihrer Mitglieder dringend, bei ferneren Gutachten um Vereilegung von Wirtschaften einen Antrag, daß die Erlaubnis zum Branntweinschank damit verbunden werde, nicht mehr zu stellen.

§ Konstanz, 21. Febr. (Konst. Bz.) Nach einer Zusammenstellung werden in den Jahren 1874 und 1875 dahier allein für solche Gebäude, durch welche eine Vermehrung der vermietbaren Wohnräume nicht bewirkt wird, also z. B. für Badhotel, Inselhotel, Kasino, Telegraphenstation (gegenüber dem Bahnhof), Amtsgericht, evangel. Pfarrhaus, Synagoge, Lagerhäuser, Schlachthöfen u. s. w. nicht weniger als 4 Millionen Mark verausgabt werden.

Vermischte Nachrichten.

§ Stuttgart, 22. Febr. Der frühere Polytechniker Seemann, der sich, wie Ihr Blatt vor einigen Tagen berichtet hatte, in Karlsruhe erhängte, war der Sohn der hier schon seit mehreren Jahren lebenden Konjunkt Seemann Witwe aus Bielefeld. Die Familie ist sehr wohlhabend und sind noch ein Bruder und zwei Schwestern des Verstorbenen bei der Mutter hier. Einige Tage vor seinem Tode kam Seemann hierher und nahm ein von ihm mit einem früheren Lehrling ererbtes eingegangenes Pfandbrevet zurück, indem er dem hier lebenden Lehrling volle Satisfaction gab. Zwei Tage nachher erhängte er sich selbst aus durchaus unbekanntem Grund.

— Die „Germania“ veröffentlicht ein von sämmtlichen preuß. Bischöfen (mit Ausnahme des Erzbischofs von Osnabrück und Posen, mit Einschluß des Bischofs von Mainz, für den preussischen Theil seiner Diözese) und des Erzbischofs von Freiburg für Hohenzollern) unterzeichnetes „Sensschreiben an den Klerus und die sämmtlichen Gläubigen ihrer Diözesen“. Aus Anlaß der am 3. Februar erfolgten Verhaftung des Erzbischofs von Osnabrück und Posen und Abführung desselben „in ein entferntes Gefängnis“ (Ditrowo liegt in der Diözese Posen) fühlt sich der preussische Episkopat dazu gedrängt, die gegenwärtig ihm noch verbleibende Freiheit zu benutzen, um an die geübten Mitbrüder im Priesterthum und alle lieben Diözesanen in dieser ersten Zeit einige Worte der Belehrung und Ermahnung zu richten. Das Sensschreiben ist datirt „Im Februar 1874“; seine Veröffentlichung deutet wohl darauf hin, daß die „Annäherungsveruche“, von denen in der letzten Zeit die Rede war, nicht den gewünschten Fortgang genommen haben. Wir werden auf das für das Auffassungsvermögen der unwissenden Menge ganz gut abgefaßte Altes zurückkommen.

Nachricht.

§ Schwerin, 22. Febr. Die Landschaft hat in Verfolg ihrer Beratung über das die bisherigen ständischen Beschlüsse zurückweisende Regierungsreskript vom 19. d. folgende Resolution angenommen: „Die Landschaft erklärt ihre vollkommene Uebereinstimmung mit dem Prinzip einer einheitlichen Landesvertretung und der Befestigung der Ritter- und Landschaft als Faktoren der Landes-Gesetzgebung, und erkennt in der Verfassungsvorlage der Regierung eine Basis für weitere Verhandlungen, kann sich jedoch davon bei wiederholter prinzipieller Ablehnung der Ritterschaft keinen Erfolg versprechen.“ Beide Stände werden ihre Beschlüsse den landesherrlichen Kommissären mittheilen und erklären sich bereit, hiernach die Vorschläge der Regierung definitiv zu beantworten.

§ Drowso, 22. Febr. Auf das Gesuch des Erzbischofs

Lebadowski um Einrichtung einer besondern Kapelle ist seitens der zuständigen Behörde genehmigende Entschliebung erfolgt und heute hier eingezogen. Es soll dazu ein dem Hofstall des Erzbischofs gegenüber gelegener Raum verwendet werden.

§ Madrid, 23. Febr. Ein Regierungsdekret führt die progressivste Stempelsteuer auf Eisenbahn-Obligationen ein. — Moriones wartet in Castro günstigeres Wetter zur Fortsetzung der Operationen ab.

§ London, 23. Febr. Der deutsche Botschafter überreichte an Lord Russell ein eigenhändiges Schreiben des Kaisers, welcher Russell und Murray für die warmen Sympathien der Protestanten Englands im Kampfe mit dem Ultramontanismus dankt. Es heißt, eine Deputation britischer Protestanten gehe in allernächster Zeit nach Berlin, um dem Kaiser für das Interesse am jüngsten Protestanten-Meeting zu danken und Genugthuung über das Erwiederungs-Meeting in Berlin auszudrücken.

§ London, 23. Febr. Die Verhandlungen zwischen dem hiesigen Ausschuss der Inhaber fremder Staatspapiere und der spanischen Regierung verlaufen, wie von Madrid gemeldet wird, günstig und führen voraussichtlich die Zahlung der beiden fälligen Coupons der spanischen ausländischen Schuld herbei. — Der „Standard“ meldet die Unterzeichnung des Friedensvertrags mit dem König der Aethiopien.

§ Athen, 21. Febr. Die Bildung des Kabinetts Bulgariis stößt auf Schwierigkeiten. Communduros und Rainis verweigern ihren Eintritt, erklären jedoch, ein ihr Programm annehmendes Ministerium unterstützen zu wollen.

Frankfurter Kurszettel.

(Die festgedruckten Kurse sind vom 23. Febr., die übrigen vom 21. Febr.)

Staatspapiere.

Preußen 4 1/2% Obligation.	105 1/2	Preußen 4% Obl. i. R. à 28 kr.	93 1/2
Baden 5% Obligationen	104 1/2	Burg 4% „ i. R. à 106 kr.	93 1/2
4 1/2% „	101 1/2	Russland 5% Obl. v. 1870	—
4% „	—	„ „ „	—
3 1/2% „	92	5% „ v. 1871	96 1/2
Bayern 4 1/2% Obligation.	101 1/2	Schweden 4 1/2% „ v. 1871	96
4% „	—	Schwiz 4 1/2% „ Bern, Etteobl.	98 1/2
Württemberg 5% Obligation.	106	„ „ „	—
4 1/2% „	101 1/2	„ „ „	—
4% „	97 1/2	„ „ „	—
Nassau 4% Obligationen	99	„ „ „	—
Gr. Hessen 4% Obligationen	100	„ „ „	—
Österreich. 5% Silberrente	66 1/2	„ „ „	—
„ „ 4 1/2% „	66 1/2	„ „ „	—
„ „ 3% „	63 1/2	„ „ „	—
„ „ 2 1/2% „	63 1/2	„ „ „	—

Ältien und Prioritäten.

Badische Bank	111 1/2	5% „	69 1/2
Frankf. Bankverein	87 1/2	5% „	85 1/2
Deutsche Vereinsbank	97 1/2	5% „	86 1/2
Provinzialbank	88 1/2	5% „	83 1/2
Darmstädter Bank	39 1/2	5% „	89 1/2
Österr. Nationalbank	102 1/2	5% „	—
Württemberg. Vereinsbank	143 1/2	5% „	67
Österr. Kredit-Anstalt	254 1/2	5% „	92
Mitt. deutsch. Kred. Bank	108 1/2	5% „	67/68
Rheinische Kreditbank	106 1/2	5% „	1889
Basler Bankverein	87 1/2	5% „	90 1/2
Pfälzer Bankverein	—	5% „	68 1/2
Berliner Bankverein	—	5% „	—
Leipziger Bank	95 1/2	5% „	64
Deutsche Effektenbank	116 1/2	5% „	66
Deut. deutsche Bank	86 1/2	5% „	68 1/2
4 1/2% „	112	5% „	73 1/2
4 1/2% „	118 1/2	5% „	87 1/2
4 1/2% „	144 1/2	5% „	49 1/2
3 1/2% „	78 1/2	5% „	96 1/2
5% „	340	5% „	62 1/2
5% „	166 1/2	5% „	33 1/2
5% „	201 1/2	5% „	—
5% „	218 1/2	5% „	—
5% „	167	5% „	—
5% „	225 1/2	5% „	82 1/2
5% „	215 1/2	5% „	53

Anleihenloose und Prämienanleihen.

Bayr. 4% Prämien-Anl.	115 1/2	Deut. 4% 250-fl.-Loose v. 1864	93 1/2
Badische 4% „	114 1/2	„ „ „ v. 1860	96 1/2
35-fl.-Loose	71 1/2	„ „ „ v. 1864	160
Französisch. 20-fl.-Loose	22 1/2	Schweiz. 10-fl.-Loose	15 1/2
Großh. Hessische 50-fl.-Loose	115 1/2	„ „ „	10 1/2
25-fl.-	—	„ „ „	8 1/2
Antsch.-Gungenshausen-Loose	15 1/2	„ „ „	—

Wechselkurse, Gold und Silber.

London 10 Pf. St. 6%	118 1/2	Holländ. 10-fl.-St. fl.	9.52-54
Paris 200 Frs. 6%	93 1/2	„ „ „	5.30-32
Wien 100 fl. 5%	105 1/2	„ „ „	9.21 1/2-22 1/2
„ „ „	—	„ „ „	11.49-51
„ „ „	—	„ „ „	9.36-38
„ „ „	—	„ „ „	2.25-26
„ „ „	—	„ „ „	—

Beliner Börse. 23. Febr. Kredit 145 1/2, Staatsbahn 194 1/2, Lombarden 95 1/2, 82r Amerikaner —, 60er Rook —, Rumänier —, Galizier —. Tendenz: fest.

Wiener Börse. 23. Febr. Kreditaktien 242.75, Staatsbahn —, Lombarden 162.—, Anglobank 156.50, Napoleons'or 8.90 1/2, Tendenz: recht lebhaft.

Weitere Handelsnachrichten in der Beilage Seite II, Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Herm. Kroschke.

Großherzogliches Hoftheater.

Dienstag, 24. Febr. 5. Vorstellung außer Abonnement und mit gewöhnlichen Preisen. 3. Gastdarstellung des Fräul. Marianne Brandt. Fideles, Oper in 2 Akten, von Beethoven. „Leonore“ — Fräul. Brandt. Anfang 7 1/2 Uhr.

Theater in Baden.

Mittwoch, 25. Febr. Am Klavier, Lustspiel in 1 Akt, nach dem Französischen von Grandjean. Der Better, Lustspiel in 3 Akten, von Benedix. Anfang 7 1/2 Uhr.

